



BAYERISCHER STÄDTETAG 2015

**Gesund schrumpfen – über sich hinauswachsen.
Demografischer Wandel in Stadt und Land**

Seite 1

Maly: Demografie und Stadtgesellschaft

Seite 5

Maly: Heimatstrategie und Strukturpolitik

Seite 7

Einige Daten zum demografischen Wandel

Seite 8

Podiumsdiskussion

Seite 9

Burianek: Ausschuss der Regionen

Seite 10

Resolution zum demografischen Wandel

Gesund schrumpfen – über sich hinauswachsen

Kommunalpolitik in Bayern setzt sich intensiv mit der demografischen Entwicklung auseinander. Für dieses Thema will laut Dr. Ulrich Maly auch der ironisch gemeinte Tagungstitel „Gesund schrumpfen – über sich hinauswachsen“ über den demografischen Wandel in Stadt und Land sensibilisieren. Denn die demografische Situation ist vielgestaltig und lässt sich laut dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags vereinfacht auf den Nenner bringen: „Ein Drittel schrumpft, ein Drittel stagniert, ein Drittel wächst.“

Schrumpfende und wachsende Regionen liegen eng nebeneinander. Maly: „Im Freistaat es gibt es wachsende, sich überhitzende Stadtregionen einerseits. Und andererseits schrumpfende und überalternde Gemeinwesen, die vom Hauch der Depression bedroht sind.“ Verödete Ortszentren mit leeren Fenstern sind „nicht nur ein Schreckensszenario“, wie es in ostdeutschen Bundesländern zu beobachten ist, sondern „ein Phänomen, das es in Ansätzen auch in Bayern gibt.“ Abwanderung und Überalterung können laut Maly in einzelnen Regionen möglicherweise eine „Spirale nach unten auslösen, wenn die Abwanderung der Ersten die Abwanderung der Nächsten nach sich zieht.“ Die „Abstimmung mit den Füßen“ trifft Kommunalpolitik zunächst schwer; drohende Entleerung bringt Handlungsbedarf: Aus dem Wandel kann Neues entstehen.

In Bayern, so wurde beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2015 in Passau klar, läuft demografisch manches auseinander, was in allen Landesteilen negative Folgen haben kann und vom Verfassungsprinzip der gleichwertigen Lebensverhältnisse her gesehen problematisch ist. Auch wenn Wachstum noch häufig das Leitbild ist, bleibt laut Maly festzustellen, „dass Wachstum nicht per se gut ist, nicht jeder wächst da im übertragenen Sinn des Wortes über sich

Impressum

Büro: Prannerstraße 7, 80333 München

Post: Postfach 100254, 80076 München

Telefon: 089 290087-0

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Website: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer

Redaktion: Dr. Achim Sing

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier



hinaus“. Wachstum kann zu Überhitzung führen und zu Gentrifizierung; dies kann die Zusammensetzung der Stadtgesellschaft mit einer Mischung von von Gebildeten und weniger Gebildeten, von Wohlhabenden und Ärmeren aus dem Gleichgewicht bringen.

In der bundesweiten Debatte wird Demografie unter den Schlagworten „älter, bunter, weniger“ abgehandelt. Dieser Befund greift für Bayern allerdings zu kurz. Maly: „Beim demografischen Wandel gilt es, die Ursachen zu analysieren: Fehlt es an Attraktivität oder Urbanität, fehlen Jobs, fehlt die notwendige Infrastruktur einer modernen Dienstleistungsgesellschaft?“ Und umgekehrt: Ist quantitatives Wachstum ein echtes Stadtentwicklungsziel? Bekommen die Menschen noch Wohnungen, grenzen Preise sozial aus? Droht der Verkehrskollaps?

„Man sollte auch nicht den Fehler machen, heutige Trends unkritisch in die Zukunft fortzuschreiben“, meint Maly. Prognosen und Berechnungen können sich schnell als überholt erweisen. Maly warnt vor der „simplen Extrapolation heutiger Wanderungsbewegungen in die Zukunft“: Heute sei für München ein enormes Wachstum prognostiziert, aber dieser Trend könne sich wieder umkehren. Zum Beispiel sei für Nürnberg in den 1970er Jahren ein Schrumpfungsprozess in der Größe einer ordentlichen Mittelstadt zu verzeichnen gewesen, sagt Maly: „Hätten wir den Trend damals schlicht extrapoliert, wäre Nürnberg irgendwann verschwunden. Heute sind wir wieder 50.000 Einwohner über dem Tiefpunkt, aber auch das kann sich wieder ändern.“

Welche ökonomischen Megatrends beeinflussen den demografischen Wandel und haben Folgen für die Differenzierung des Raumes? Folgt man dem McKinsey-Gutachten „Bayern 2025 – Neue Stärke, neuer Mut“ und weiteren Studien über Zukunftsentwicklungen, ergeben sich unterschiedliche Annahmen über die Folgen für den demografischen Wandel.

Maly: „Bayern lebt vom technischen Fortschritt.“ Auf lange Sicht gesehen hat technische Innovation zu überwiegend positiven Arbeitsmarkteffekten geführt. Ob das in der digitalen Welt so bleibt, ist nicht sicher. Maly: „Sicher ist: Niedrigqualifizierte geraten besonders unter Druck. Hochqualifizierte brauchen neben ihrer fachlichen Expertise zunehmend soziale und assoziative Fähigkeiten. Erwerbsbiografien werden heterogener, mehr Patchwork im Lebenslauf wird eher die Regel. Unser Bildungswesen, das auf die Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts ausgerichtet war, ist dafür – noch – nicht gerüstet. Die beim Ganztagsgipfel vereinbarten Schritte gehen in die richtige Richtung, aber zu langsam und zu unklar.“

Großfabriken und industrielle Produktion können verschwinden

Wirtschaftsexperten sprechen vom „Ende der Skaleneffekte“, die unsere Industriegesellschaft prägen. Die heutige Produktionsweise lebt von Größen- und Stückzahlenvorteilen: 100.000 Autos am Band können pro Stück günstiger produziert werden als ein einzelnes. Maly: „Die Digitalisierung lässt dieses Phänomen, das 200 Jahre industrielle Fertigung geprägt hat, langsam verschwinden. Das hat langfristig Folgen für die Betriebsgrößen, die die Industrie heute noch prägen. Die industrielle Fertigung kann durchaus verschwinden. Neue agile, dezentrale Anbieter werden die Märkte prägen.“ Dies kann zur Folge haben, dass es keine Großfabriken mehr gibt, sondern eine Fülle kleiner und flexibler Einheiten.

Größere Städte und heute boomende Wirtschaftsregionen müssen sich stets vor Augen führen, dass ihr aktueller Wohlstand schnell in Gefahr sein kann. Maly verwies auf große Namen wie AEG, Grundig, Triumph-Adler und Quelle, die für die Industrietradition der Vergangenheit des Standorts Nürnbergs sprechen: „Die großen Städte, deren demografische Attraktivität sich

ja nicht zuletzt auch auf die Arbeitsplatzdichte gründet, können sich nicht auf diesen Strukturen ausruhen. Auch hier wird es Änderungen und Strukturbrüche geben.“ Und das kann für kleinere Orte eine Chance bedeuten. Denn daraus können sich laut Maly „echte Optionen für neue Wertschöpfungen in ländlichen Räumen und kleineren Städten ergeben. Aber nur, wenn dort die Infrastrukturdefizite abgebaut werden. Auch die Energiewende wird Wertschöpfungspotenziale von den Städten - als Standorte heutiger Großkraftwerke - in die ländlichen Räume transferieren. Das hat langfristig Folgen für das Stadt-Land-Verhältnis.“ Aus alten Strukturen entstehen neuere und kleinere Strukturen, es wird kleinteiliger, dezentraler und flexibler.

Die Kluft zwischen verschämter Armut und unverschämtem Reichtum birgt Sprengstoff

„Welche gesellschaftlichen Megatrends werden die Entwicklung prägen, wenn die Entwicklung in Bayern auseinander läuft?“ Maly: „Die Spreizung von Einkommen und Vermögen wird zunehmen; das Einkommen des obersten Prozent der Bevölkerung ist in den letzten acht Jahren um zwölf Prozent gestiegen, das der untersten 50 Prozent um acht Prozent gesunken. Wie lange lassen die Menschen sich das gefallen? Diese Kluft zwischen verschämter Armut und unverschämtem Reichtum birgt langfristig erheblichen sozialen Sprengstoff in sich.“

Ein weiterer zentraler Aspekt ist laut Maly die Zuwanderung: „Wir leben in der größten Bevölkerungswanderung der Neuzeit. Die Fähigkeit zur Integration und Zuwanderung wird damit zur sozialen und wettbewerbspolitischen Zukunftsaufgabe.“ Immerhin kamen bislang schon dreimal so viele Menschen regulär aus Europa nach Deutschland, wie es Asylantragsteller gab. Bayern hat im Lauf seiner Geschichte laut Maly vielfach bewiesen: „Die Bayern können Integration. Bayern hat seinen ‚vierten Stamm‘, die Vertriebenen, ebenso erfolgreich in die Zivilgesellschaft

integriert, wie die so genannten ‚Gastarbeiter‘ und die Spätaussiedler, und zwar alle drei Gruppen in Millionen gezählt.“ Die Zuwanderer mit Bleiberecht müssten eine Perspektive erhalten. Hitzige und aufgeladene Debatten mit scharfen Tönen, schaden der Sache, meint Maly: „So, wie die Debatte derzeit geführt wird, ist sie das Gegenteil von Willkommenskultur“. Maly fügt mit Blick auf eine heftige Debatte im Bayerischen Landtag im Juli hinzu: „Das Gekloppe im Landtag hat uns nicht wirklich geholfen. Wir müssen in der Diskussion auf sprachliche Disziplin achten“.

Ein weiterer Trend in Städten und Gemeinden: Die Zahl der Einpersonenhaushalte in Bayern liegt bei über 40 Prozent, die Verschiedenheit der Lebensstile nimmt zu, der Bedarf an Wohnraum steigt. Damit verbunden ist eine schnell schwindende Tragkraft familiärer Netzwerke. Diese Trends sprechen nicht nur für die Zukunft in der Anonymität der Großstadt, sondern bergen Chancen für kleinere Städte und ländliche Räume, die mit funktionierender Nachbarschaft attraktiv sind, wenn die sozialen Infrastrukturen vorhanden sind.

Die Renaissance des Staates und die Problemlösungskompetenz des Rathauses

Maly: „Das McKinsey-Gutachten – und ich verhehle nicht, das geht runter wie feinstes Olivenöl – spricht von einer Renaissance des Staates, es stellen sich immer komplexere Querschnittsaufgaben, die verstärkt staatliches Handeln und eine neue Regulatorik erfordern. Unsere Tradition der Liberalitas Bavariae, also des Lebens und Lebenlassens gepaart mit einem Gestaltungsanspruch, der deutlich diesseits des Nachwächterstaates ist, bringt dafür nicht die schlechtesten Voraussetzungen mit. Das klappt aber nur, wenn die Rathäuser handlungsfähig sind und über Problemlösungskompetenzen verfügen. Gerade deshalb kämpfen wir wieder und wieder genau dafür.“

„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“, sagt Maly: „Neben den vermeintlich harten Standortfaktoren spielen zunehmend die weichen Standortfaktoren eine wichtige Rolle. Kulturelle Einrichtungen, ein funktionierendes Sport- und Vereinsleben, die Stadthalle mit attraktivem Programm, Theater, Musik, bildende Kunst, hippe Kneipen und eine ordentliche Gastronomie – das alles beschreibt der Begriff der Urbanität. Und diese Urbanität wohnt nicht nur in Gemeinwesen ab einer Million Einwohnern, sondern in jeder Stadt Bayerns. Es gilt, sie zu hegen und zu pflegen, gerade in den demografiegeplagten Städten. Wir müssen auch in die Attraktivierung von Urbanität investieren können. Deshalb muss auch bei der Mittelverwendung der Stabilisierungshilfen diese Dimension eine Rolle spielen. Erfolgreich entschuldet, aber leider ausgestorben - das ist nicht das, was wir wollen.“

Kommunen sind beim Thema Demografie auch selber gefragt

Beim Thema Demografie sind laut Maly die Kommunen auch selber gefragt bei der Bewältigung städtischer Herausforderungen: „Stadtentwicklungspolitik muss die Rahmenbedingungen urbaner Attraktivität im Blick halten. Bezahlbare Wohnungen, bewältigbarer Verkehr, gute Schulen und ausreichend Kita-Plätze, ein Stadtleben, das Identität und Identifikation erlaubt und unterstützt, zivilgesellschaftliche Nachbarschafts- und Willkommenskultur, Netzwerke zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind die Stichworte dazu. Außerdem sind wir immer gut beraten, in strategischen interkommunalen Allianzen zu denken und zu handeln, zur Lösung von Knappheits- und Überhitzungsproblemen ebenso wie zum Mobilisieren von endogenen regionalen Entwicklungspotenzialen.“

Letztlich sind Städte laut Maly dabei, die früheren Stadtmauern ins 21. Jahrhundert zu übersetzen: „Freiheit und Sicherheit im physischen Sinn als Abwesenheit von Angst, das hat die

Stadtmauer im Mittelalter gesichert. Sie war Basis für den Schritt von der Agrar- über die Manufaktur- und Industrie- zur heutigen Gesellschaft. Sie schuf Demokratie, intellektuelle und kulturelle Freiräume. Die Stadt war bewehrt, aber letztlich immer offen für Neue und Neues. Sie bildete die lokale Identität und Identifikation, das Sprungbrett und die Startrampe für weltweiten Handel, weltweite Vernetzung. Lasst uns die Freiheit und Sicherheit im Sinne der bürgerlichen Freiheit neu definieren – die Wurzeln, die wir alle in unseren Städten, egal ob groß oder klein, dazu haben, sind die schlechtesten nicht.“

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Informationsbrief als App



Den Informationsbrief des Bayerischen Städtetags gibt es auch als App für Mobilgeräte. Die App steht zum kostenlosen Download im Apple Appstore und im Google Playstore zur Verfügung:

https://appsto.re/de/n6E_6.i

<https://play.google.com/store/apps/details?id=de.silkcodeapps.infobrief>

Maly beim BAYERISCHEN STÄDTETAG: Regional- und Strukturpolitik

„Der Heimatstrategie fehlt ein flächendeckender Anspruch“

„Heimat lässt sich nicht in Stadt und Land dividieren oder gar nur auf den ländlichen Raum beschränken“, sagte der Städtetagsvorsitzende Dr. Ulrich Maly beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2015 in Passau zur Heimatstrategie der Staatsregierung. Stadt und Land dürfe man nicht gegeneinander aufbringen.

Die Postkartenidylle vor malerischer Kulisse beim G-7 Gipfel in Schloss Elmau hat mit packenden Bildern die Schönheit Bayerns vor Augen geführt. In wundervoller und perfekter Inszenierung konnte die Öffentlichkeit verfolgen, wie in malerischer Umgebung Präsident Obama mit Weißbierglas in der Hand mit Trachtlern plaudert. Das war Heimat pur. Das war die idealtypische Anmutung von Heimat. Aber solche schönen Bilder verdrängen nur allzu leicht, dass die Menschen nicht nur in ländlichen Räumen Heimat finden, sondern gerade auch in den Städten, nicht zuletzt in München-Neuperlach oder Würzburg-Heuchelhof.

Maly: „So fehlt der Heimatstrategie der Staatsregierung ein flächendeckender Anspruch. Sie beschäftigt sich eine Spur zu sehr mit den ländlichen Räumen.“ Die Heimatstrategie vernachlässigt die wichtige Versorgungs-, Identifikations- und Impulsfunktion einer Vielzahl von Städten; die Heimatstrategie vernachlässigt die Funktion der Städte und zentralen Orte in den ländlichen Räumen. Und: Die Heimatstrategie lässt Städte und Gemeinden in Verdichtungsräumen ganz außen vor, die für eine riesige Zahl von Menschen Heimat sind. Denn 45 Prozent aller Bayern finden in den Verdichtungsräumen Heimat. Maly: „Heimat ist dabei die Projektionsfläche für die Sehnsucht nach bleibenden Werten, nicht etwa der ländliche Raum. Heimat ist ein kultureller Ort und kein geografischer Ort.“

Eine Regionalpolitik und Landesentwicklungspolitik, die Stadt und Land nach dem Motto „teilen und herrschen“ versucht, auseinander zu bringen oder gar gegeneinander aufzubringen, wird

ihrer Aufgabe nicht gerecht. Maly: „Die Entwicklung Bayerns ist Stadt und Land, Verdichtung und landschaftliche Schönheit, Ackerbau und Industrie 4.0. Beides kommt nämlich jeweils ohne den anderen nicht aus. Maßstab des Handelns – beileibe nicht nur im Heimatministerium, sondern als Querschnittsaufgabe – ist das Staatsziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse.“ Dazu gehört laut Maly:

„1. Eine aktive Infrastrukturpolitik im Bereich Straße, Schiene, Breitband, ÖPNV, neue Mobilitätskonzepte.“

„2. Ein klarer Gestaltungs- und Planungsanspruch im LEP. Schon kleinere Veränderungen können hier langfristig furchtbare Folgen für das Weichbild der Landschaft haben. Die Landesentwicklungspolitik der 70er und 80er Jahre hatte den Anspruch des aktiven Gestaltens (z.B. Konzept zur Dezentralisierung von Fachhochschulen) und des mit nötiger Autorität versehenen Planens (hohe Hürden bei Handelsflächen auf der grünen Wiese) wunderbar zusammengebracht. Etwas mehr davon täte uns heute gut.“

„3. Die begonnene Behördenverlagerung ist im Ansatz richtig, war in der Wirkung bisher noch eher homöopathisch.“

„4. Ich erneuere meinen Vorschlag, jede bayerische Hochschule zu einer Institutsausgründung in eine Klein- oder Mittelstadt zu bringen. Universitätsstandorte sind politische Entscheidungen, keine ökonomischen. Solche Ausgründungen mögen etwas teurer sein, aber sie haben eine spürbare sozioökonomische und auch kulturelle Wirkung – von Arbeitsplätzen bis zum Kneipenleben.“

„5. Wir brauchen – gerade in den demografiegeplagten und damit auch oft finanzschwachen Städten – die Möglichkeit, FAG-Stabilisierungshilfen auch für Investitionen in die Urbanität einzusetzen zu können.“

„6. Zentrale Orte nehmen überörtliche Funktionen bei der Versorgung für sich und andere Gemeinden wahr. In ihnen bündeln sich zentrale Einrichtungen, die das Umland mitversorgen. Die Bedeutung der zentralen Orte ist aber nicht auf die Versorgungsfunktion beschränkt. Das Zentrale-Orte-System ist eines der ältesten und bewährten Verteilungsprinzipien für knappe Mittel in der Regionalförderung. Schon in den 60er Jahren hielt es Einzug in die deutsche Regional- und Landesplanung.“

„7. Wir müssen neue Formen der Wertschöpfung mit Potenzialen für ganz Bayern besser nutzen. Ich denke hier z.B. an die schon erwähnten Möglichkeiten zur Wertschöpfung durch die Energiewende, Digitalisierung und Telemedizin. Der Abbau vielgestaltiger und kleinstaatlicher Strukturen im Tourismus kann diesen Wirtschaftszweig als flächendeckenden Wirtschaftsfaktor deutlich stärken.“

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss laut Maly Maßstab bleiben, um ein Auseinanderdriften Bayerns zu verhindern: „Wir sehen das als Staatsziel und Maßstab des Handelns für die Staatsregierung. Bayern hat insgesamt – und zwar explizit auch in den demografiegeplagten Gemeinden – einen Möglichkeitenüberschuß und keinen Problemüberschuss. Den Möglichkeitenüberschuß kann man mobilisieren, wenn wir uns vom Stadt-Land-Gegensatz lösen, endogene regionale Entwicklungspotenziale mobilisieren, uns strategisch vernetzen und mit Gestaltungswillen an die Landesplanung rangehen. Das alles ist nicht zum Nulltarif zu kriegen, ist aber als Zukunftsstrategie jeden eingesetzten Cent wert. Wir alle vom Bayerischen Städtetag bieten uns der Staatsregierung als Träger und Partner dieser Strategie an.“

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

BAYERISCHER STÄDTETAG 2015

am 22. und 23. Juli 2015 in Passau

Gesund schrumpfen – über sich hinauswachsen. Demografischer Wandel in Stadt und Land

Im Internet steht zum Herunterladen bereit:

www.bay-staedtetag.de, *Jahrestagungen, Jahrestagung 2015*

- Rede von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly zum Tagungsthema
- Diskussionspapier zum Demografischen Wandel
- Resolution des BAYERISCHEN STÄDTETAGS 2015
- Pressemitteilungen

Schrumpfen und Wachsen liegen eng nebeneinander

Einige Daten zum demografischen Wandel in Bayern

Demografischer Wandel beschreibt Veränderungen der Bevölkerungsentwicklung in der Altersstruktur, im zahlenmäßigen Verhältnis von Männern und Frauen, in den Anteilen von Inländern, Ausländern und Eingebürgerten an der Bevölkerung, in der Geburtenrate und der Sterbefallentwicklung, in Zuzügen und Fortzügen. Demografischer Wandel wird oft mit Alterung und Abnahme der Bevölkerung in Verbindung gebracht, aber die Situation in Bayern ist differenzierter als die Kurzformel „weniger, älter, bunter“ zum Ausdruck bringen kann.

Wachstums- und Schrumpfungsprozesse liegen oft eng nebeneinander. Demografischer Wandel ist nicht allein Schrumpfung, Alterung und Internationalisierung, sondern auch Wachstum. Mittelfristig prognostiziert das Bayerische Landesamt für Statistik dem Freistaat Bayern stabile Bevölkerungszahlen. Wanderungsüberschüsse können das Geburtendefizit noch kompensieren.

Für Bayern wird von einem Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung von 43 Jahren im Jahr 2012 auf 46 Jahre im Jahr 2032 ausgegangen. Die Jahrgänge der Babyboomer rücken ins Rentenalter vor. Während die Anzahl der Personen unter 65 Jahren um etwa sechs Prozent sinkt, nimmt die Zahl über 65-Jähriger um knapp vierzig Prozent zu.

Beim Migrationshintergrund liegt Bayern derzeit im Bundesdurchschnitt. In den nächsten Jahren ist aufgrund der Zuwanderung aus dem Ausland, die sich auf den süddeutschen Raum konzentriert, von einem Anstieg auszugehen: Vorausberechnet ist in Bayern eine Zunahme der Bewohner mit Migrationshintergrund von knapp 20 Prozent im Jahr 2011 auf etwa 25 Prozent im Jahr 2024.

In Bayern gibt es erhebliche räumliche Unterschiede. Entgegengesetzte demografische Entwicklungen liegen regional dicht nebeneinander:

- in 30 der 96 Landkreise und kreisfreien Städte nimmt die Bevölkerung ab (ca. 31 Prozent);

- 30 der 96 Landkreise und kreisfreien Städte können von einer stabilen Bevölkerungszahl ausgehen (ca. 31 Prozent);

- in 36 der 96 Landkreise und kreisfreien Städte nimmt die Bevölkerung zu (gut 37 Prozent).

Schrumpfungsprozesse sind an vielen Orten auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen: Die Sterbezahlen steigen, die Geburtenzahlen sinken. Dies gilt auch für den am stärksten schrumpfenden Landkreis Wunsiedel, in dem voraussichtlich in den nächsten zwei Jahrzehnten einem leichten Wanderungsgewinn von +0,2 Prozent ein Geburtendefizit von -18,2 Prozent gegenüberstehen wird.

Geburtenüberschüsse werden selten: Für 5 Landkreise oder kreisfreie Städte wird in den nächsten zwei Jahrzehnten ein natürliches Bevölkerungswachstum erwartet: die Großstädte München, Regensburg und Erlangen, die Landkreise Erding und Freising.

Mit +7 Prozent fällt der Bevölkerungszuwachs durch mehr Geburten als Sterbefälle in München besonders hoch aus: Denn mit der Zuwanderung junger Menschen kommen potenzielle Eltern, die den Verdichtungsräumen Potential für hohe Geburtenzahlen sichern. Die Alterung der Bevölkerung trifft nicht alle Regionen gleich. Sie ist bei wachsenden Regionen abgemildert durch den Zuzug junger Menschen und verstärkt bei schrumpfenden Regionen durch den Wegzug

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Podiumsdiskussion beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2015 in Passau

Keinen Gegensatz zwischen Stadt und Land konstruieren

Auf dem Podium des BAYERISCHEN STÄDTETAGS 2015 in Passau diskutierten Erste Bürgermeisterin Karin Bucher, Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner und Oberbürgermeister Joachim Wolbergs mit Innenminister Joachim Herrmann und Professorin Dr. Doris Rosenkranz, Technische Hochschule Nürnberg unter Moderation von Stefan Maier (Bayerischer Rundfunk, Bayern 2-Radiowelt) über die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die bayerischen Städte und Gemeinden. Innenminister Herrmann warnte davor, einen Gegensatz zwischen Stadt und Land zu konstruieren und relativierte damit die Annahme der Heimatstrategie, Heimat finde man nur in den Gemeinden der ländlichen Räume. Heimat finden Menschen überall in Bayern, in der Landeshauptstadt, in Nürnberg, in Hof, in Regensburg oder Cham.

Eine wesentliche Erkenntnis der Tagung ist, dass nicht die „Flucht“ der Bürgerinnen und Bürger für den Bevölkerungsrückgang in knapp einem Drittel der Regionen in Bayern verantwortlich ist. Vielmehr ist eine drastisch niedrige Geburtenrate in vielen Städten und Gemeinden Bayerns für eine Abnahme der Bevölkerung verantwortlich, wenn dieses Defizit nicht durch Zuzug kompensiert wird. Innenminister Herrmann möchte Mut machen, eine Willkommenskultur für Kinder zu etablieren. Es gelte, die Attraktivität der Städte in ganz Bayern hoch zu halten. Welche Herausforderungen dies den Kommunen abverlangt, wird im Diskussionspapier „Gesund schrumpfen – über sich hinauswachsen“ beschrieben. Dafür müssen Versorgungseinrichtungen, auch wenn eine wirtschaftliche Auslastung nicht überall sichergestellt werden kann, in einer angemessenen Erreichbarkeit vorgehalten werden. Herrmann legte einen Fokus auf die Verkehrerschließung: Es könnten nicht alle zentralen Einrichtungen an jedem Ort vorgehalten werden, aber in guter und zentraler Erreichbarkeit.

Dafür plädierte auch Bürgermeisterin Bucher. Cham leiste viel für das Umland. Deshalb müs-

se der Stadt auch das Potential gegeben werden, dieser Versorgungsfunktion weiter nachzukommen. Die Städte im ländlichen Raum dürften in der Heimatstrategie nicht außen vor bleiben, sie dürften nicht durch Lockerungen im Landesentwicklungsprogramm geschwächt werden. Oberbürgermeister Dr. Fichtner beschwor die Stärke Oberfrankens im Umgang mit gesellschaftlichen, politischen und demografischen Veränderungen. Er legte den Akzent auf weiche Standortfaktoren, die die Attraktivität einer Stadt mitbestimmen. Professorin Rosenkranz möchte besonders das Ehrenamt mit im Boot haben, wofür der Rahmen gut ausgestaltet werden müsse.

Demografischer Wandel bedeutet auch Wachstum. Wachstum muss gesteuert werden, gerade dann, wenn sich das Wachsen schnell vollzieht. Die notwendige Infrastruktur kann mit dieser Geschwindigkeit nicht Schritt halten. Wohnraum steht nicht in ausreichender Quantität und Qualität zur Verfügung. Oberbürgermeister Wolbergs sprach für Städte und Gemeinden in Bayern, die mit einem enormen Wachstumsdruck umgehen müssen. In Regensburg habe man in der Vergangenheit bis heute Vieles richtig gemacht. Man wollte Industriestandort bleiben und gleichzeitig auf Innovation setzen. Als boomende Stadt strahle man auf das Umland aus. Zentrale Orte sind Motoren einer positiven Entwicklung einer ganzen Region. Dieser Grundgedanke kommt im Zentrale-Orte-System zum Ausdruck. Wolbergs betonte, dass den starken Städten diese Strahlkraft nicht durch Umverteilung genommen werden dürfe. Dadurch könnte die ganze Region geschwächt werden.

Einig waren sich die Podiumsteilnehmer, dass die Chancengleichheit zentrales Ziel sei: Chancengleichheit müsse es insbesondere für die jungen Menschen geben, egal ob sie in Regensburg, Hof oder Cham heranwachsen.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Ausschuss der Regionen

Demografischer Wandel als Herausforderung für Europa

Jirí Buriánek, Generalsekretär des Ausschusses der Regionen, hat beim BAYERISCHEN STÄDTETAG die demografische Entwicklung aus der Sicht der EU und des Ausschusses der Regionen in Brüssel beleuchtet.

Der Ausschuss der Regionen (AdR) – Ausschuss der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der Europäischen Union – ist die Versammlung der regionalen und kommunalen Vertreter der EU, die den Gebietskörperschaften, wie Regionen, Bezirken, Provinzen, Städten und Gemeinden im institutionellen Gefüge der EU Gehör verschafft. Durch den AdR soll gewährleistet werden, dass regionale und lokale Standpunkte in die EU-Politik einbezogen werden.

Laut Buriánek zeigt sich der demografische Wandel vielschichtig und in jeder Gebietskörperschaft unterschiedlich; es bedarf daher jeweils einer eigenen lokalen Strategie, um dem Wandel zu begegnen. Wie tritt nun der Wandel in Europa in Erscheinung und wie antwortet die Europäische Union darauf? Die Entwicklung in Europa hat viele Facetten, wobei ein Schrumpfen der einheimischen Bevölkerung in fast allen europäischen Ländern zu verzeichnen ist, weil die Menschen nicht nur immer älter werden, sondern auch zu wenige Kinder geboren werden. Die EU-Kommission geht davon aus, dass der Anteil der über 65jährigen an der EU-Bevölkerung von 18,4 (2013) auf 28,4 Prozent bis 2060 – in Deutschland sogar 30,6 Prozent steigen wird, wobei sich der Anteil der über 80jährigen verdoppelt.

Dies hat Auswirkungen auf die soziale, wirtschaftliche und territoriale Entwicklung Europas und manifestiert sich jetzt schon in den Phänomenen Abwanderung von ländlichen in städtische Gebiete, wobei ein Hauptstadteffekt und Ost-West Polarisierung zu verzeichnen ist. Letztere zeichnet sich durch einen Bevölkerungszuwachs in einem Korridor, der sich von der Mittelmeerküste in Spanien durch Frankreich, die Schweiz über das nördliche Italien und das westliche Ös-

terreich erstreckt und einen Bevölkerungsschwund in Osteuropa aus. Die Eurostat-Länderprognose 2007 bis 2050 geht davon aus, dass nur ein Viertel aller Regionen Stabilität und Wachstum aus eigener Kraft erreichen werde, ohne Zuwanderung von außen würde die EU-Bevölkerung sonst bis 2050 um 50 Millionen Menschen schrumpfen.

Die Strategie der EU zum demografischen Wandel besteht in mehreren Maßnahmen, wobei zu bedenken sei, dass der EU im Bereich der Familien-, Sozial- und Migrationspolitik die Zuständigkeiten fehlen. Der aktuelle Bericht der EU-Kommission über die Alterung in Europa stellt fest, dass die negativen Auswirkungen des Wandels nur bis 2023 durch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und eine verlängerte Lebensarbeitszeit kompensiert werden können. Wenn ab diesem Zeitpunkt die Baby-Boomer-Jahrgänge in den Ruhestand gehen, wird der Alterungsprozess voll spürbar werden.

Dem Wandel will die Europäische Forschungsförderung (Horizont 2020), die Strukturfondsförderung (ELER, Leader) und die Europäische Innovationspartnerschaft aktives Altern begegnen. Daneben werden in die seit der Krise verstärkte Wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung auch demografische Faktoren mit einbezogen. Außerdem hat die EU-Kommission zur Schaffung der Rahmenbedingungen für eine gesteuerte Zuwanderung in Europa im Mai 2015 Vorschläge für eine europäische Migrationspolitik vorgelegt. Damit haben die lokalen und regionalen Strategien zur Bewältigung des Wandels auch immer eine europäische Dimension. Buriánek forderte dazu auf, die Fördermöglichkeiten und Instrumente der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wie INTERREG und EVTZ (Europäischer Verbund für die Territoriale Zusammenarbeit) zu nutzen.

Kontakt: andrea.gehler@bay-staedtetag.de

Resolution der Vollversammlung des Bayerischen Städtetags am 22.07.2015 in Passau

zum Tagungsthema

„Gesund schrumpfen – über sich hinaus wachsen: Demografischer Wandel in Stadt und Land“

Demografische Entwicklungen wirken sich auf alle kommunalen Bereiche aus. Sie stellen die kommunale Aufgabenerfüllung und die Stadtentwicklung vor Herausforderungen. Alle Städte und Gemeinden sind vom demografischen Wandel und seinen gesellschaftlichen Entwicklungen betroffen: Es geht vor allem um die Aufrechterhaltung der kommunalen Infrastruktur. Während in wachsenden Städten und Gemeinden eine Überlastung der Infrastruktur droht, macht schrumpfenden Städten und Gemeinden eine Unterauslastung der kommunalen Infrastruktur zu schaffen. Anhaltendes Wachstum engt Städte vor allem in Verdichtungsräumen in ihrer räumlichen Entwicklung ein. Für den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur, Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Bildungseinrichtungen, Wohnraum oder Gewerbe werden Flächen knapp, verschiedene Nutzungen treten verstärkt in Konkurrenz. Spiegelbildlich müssen andere Städte und Gemeinden Schrumpfungsprozesse managen, sie müssen mit sinkenden Nutzungen umgehen und der Zunahme von Brachflächen begegnen. Nur in wenigen Fällen ist die Ursache sinkender Einwohnerzahlen in Wanderungsbewegungen zu finden. Häufig ist die Geburtenrate zu niedrig.

Die Bayerische Verfassung gibt die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen als Grundlage staatlichen Handelns vor. Sie ist auch ein zentrales Anliegen der bayerischen Städte und Gemeinden. Die Forderungen der bayerischen Kommunen sind aus den Grundbedürfnissen der Menschen in den Städten und Gemeinden abgeleitet. Kommunen begreifen die Bewältigung der Herausforderungen des demografischen und gesellschaftlichen Wandels als Pflichtaufgabe. Neue Aufgaben erfordern neue Lösungsansätze. Sie verlangen von der Staatsregierung und den Aufsichtsbehörden, eine bewährte Förderpraxis stetig zu verbessern, Vorgaben und Standards anzupassen, die Unterschiedlichkeiten der vielfältigen Entwicklungen in den Regionen, in Landkreisen, in Städten und Gemeinden zu analysieren und passgenaue Strategien zu entwickeln. Zur Erreichung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen gibt es keine Patentrezepte.

Die Delegierten des BAYERISCHEN STÄDTETAGS 2015 fordern vom Freistaat:

1. Die Staatsregierung darf Stadt und Land nicht als Gegensatz behandeln, sondern als gleichwertige Akteure zur Verwirklichung der Staatszielbestimmung.

Die Bayerische Staatsregierung hat sich in der jüngeren Vergangenheit der demografischen Entwicklung in Leitfäden, Strategien und Regierungserklärungen angenommen und dabei ein Bündel an Unterstützungsangeboten entwickelt. Sie legt den Schwerpunkt der Betrachtung auf die schrumpfenden Teilräume, während die Herausforderungen wachsender Städte und Gemeinden nur selten behandelt werden. Die einseitige Konzentration auf schrumpfende Regionen wird der bayerischen Entwicklung nicht gerecht und lässt Wechselwirkungen der sich unterschiedlich entwickelnden Teilräume unberücksichtigt.

2. Die Staatsregierung muss passgenaue Lösungen für die Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten der Entwicklungen bereithalten.

Unterschiedliche Entwicklungen bedürfen unterschiedlicher Strategien. Die Heterogenität in Bayern ist als Chance zu begreifen. Vorhandene Stärken dürfen nicht geschwächt werden, Schwächen sind auszugleichen.

3. Die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels muss als kommunale Pflichtaufgabe anerkannt werden.

Die Staatszielbestimmung überlagert die kommunalrechtliche Differenzierung zwischen sogenannten freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben und erfordert im Einzelfall von den Aufsichtsbehörden eine dem örtlichen Bedarf entsprechende Bewertung.

4. Die Staatsregierung muss eine gezielte Struktur- und Regionalpolitik betreiben.

Finanzielle Unterstützung trägt dazu bei, schrumpfende Städte und Gemeinden zu unterstützen, kann aber alleine eine nachhaltige Entwicklung nicht sichern. Demografieprobleme und strukturelle Härten lassen sich nur bedingt durch staatliche Finanzströme an die Kommunen lösen. Eine Umverteilung zwischen den Kommunen würde allenfalls zu einer Problemverlagerung führen. Es bedarf einer gezielten Regional- und Strukturpolitik der Staatsregierung, damit in den strukturschwachen Gebieten neue Arbeitsplätze entstehen und vor allem junge Menschen eine Perspektive haben. Behördenverlagerung alleine genügt nicht. Die Staatsregierung muss stärker versuchen, Ankerpunkte für die Ansiedlung von Wirtschaft und Wissenschaft im Sinne der Dezentralität zu setzen. Daneben muss den Strukturproblemen in wachsenden Städten und Gemeinden stärker Rechnung getragen werden.

Termine

23.09.2015	Arbeitskreis Planen und Bauen in München
29.09.2015	Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in München
06.10.2015	Arbeitskreis Städtestatistik in München, LfStat
07.10.2015	Bezirksversammlung Schwaben in Lindenberg i. Allgäu
09.10.2015	Schulausschuss in Lauf a. d. Pegnitz
09.10.2015	Arbeitskreis Organisation in Erlangen
12.10.2015	Arbeitskreis Gutachterausschüsse in München
13.10.2015	Verwaltungs- und Rechtsausschuss in Memmingen
14.10.2015	Bau- und Planungsausschuss in Augsburg
15.10.2015	Wirtschafts- und Verkehrsausschuss
15.10.2015	Arbeitskreis Finanzen in München
16.10.2015	Finanzausschuss in München
16.10.2015	Arbeitskreis Personal in Schweinfurt
20.10.2015	Umweltausschuss in München
21.10.2015	Bezirksversammlung Unterfranken in Schweinfurt
21.10.2015	Gesundheitsausschuss in München
22.10.2015	Bezirksversammlung Mittelfranken in Rothenburg o. d. T.
23.10.2015	Personal- und Organisationsausschuss in München
28.10.2015	Forstausschuss in München
29.10.2015	Bezirksversammlung Oberfranken in Coburg
30.10.2015	Sozialausschuss in München
10.11.2015	Vorstand in München
11.11.2015	Kämmerertagung Mittelfranken in Weißenburg

- 12.11.2015 **Pressekonferenz** in München
- 16.11.2015 **Kämmerertagung Niederbayern/Oberpfalz** in Schwandorf
- 17.11.2015 **Bezirksversammlung Oberbayern** in Schongau
- 17.11.2015 **Kämmerertagung Schwaben** in Memmingen
- 18.11.2015 Gemeinsame Sitzung **Kulturausschuss** und **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss**
Kultur- und Kreativzentrum Nürnberg
- 19.11.2015 **Bezirksversammlung Niederbayern** in Kelheim
- 19.11.2015 **Kämmerertagung Oberbayern** in Germering
- 24.11.2015 **Bezirksversammlung Oberpfalz** in Schwandorf
- 26.11.2015 **Kämmerertagung Oberfranken** in Rödental
- 04.12.2015 **Kämmerertagung Unterfranken** in Würzburg
- 16.02.2016 **Vorstand** in München
- 18.02.2016 **Pressekonferenz** in München
- 10.05.2016 **Vorstand** in München
- 12.05.2016 **Pressekonferenz** in München
- 13./14.07.2016 **BAYERISCHER STÄDTETAG 2016** in Memmingen
abgeschlossen am 30. Juli 2015

Informationsbrief elektronisch

Sie können den **INFORMATIONSBRIEF** auch elektronisch beziehen: Unter www.bay-staedtetag.de gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „**Elektronischer Abodienst**“ und klicken „**Informationsbrief und PR-Mitteilungen**“ an, um sich anzumelden

Persönliche Nachrichten

Geburtstage

Im August 2015 feiern

den 60. Geburtstag: Bürgermeister **Hans Hopfner**, Geretsried, Bürgermeister **Herrmann Wellner**, Deggendorf,

den 50. Geburtstag: Bürgermeister **Josef Fischer**, Hallbergmoos.